

Piratenpartei RV Hannover
z. H. Herrn Uwe Kopec
Haltenhoffstr. 50
30167 Hannover

DER BÜRGERMEISTER

ORGANISATION Abt. Sicherheit u. Ordnungs
BEARBEITET VON Herrn Köster
TELEFON 0511 7307-9214
FAX 0511 7307-9210
E-MAIL christian.koester@langenhagen.de
RAUM 128
DIENSTGEBÄUDE Marktplatz 1

IHR ZEICHEN | IHRE NACHRICHT VOM

14.06.2021

Sondernutzungserlaubnis Nr.: 53 / 21

BITTE VEREINBAREN SIE FÜR BESUCHE EINEN TERMIN.

MEIN ZEICHEN

DATUM

32.73.11

16.06.2021

Sehr geehrter Herr Kopec,

aufgrund Ihres schriftlichen Antrages vom 14.06.2021 wird Ihnen die Erlaubnis erteilt, anlässlich der Bundestagswahl am 26.09.2021 in der Zeit **vom 26.07.2021 bis zum 29.09.2021** Wahlplakate im öffentlichen Verkehrsraum (geschlossene Ortslage) von Langenhagen aufzustellen.

Am Wahltag und am Rathaus (**vom 03.09.-25.09.2021**) dürfen im Umkreis von 20 m beziehungsweise im unmittelbaren Zugang zum Wahllokal **keine** Wahlplakate aufgehängt werden.

Unser Abteilung Verkehr und Straßen bat uns Ihnen mitzuteilen, dass keine Wahlplakate an die Laternen auf der neu gebauten Marktplatzfläche gehängt werden sollen. Die Beschichtung der Laternenmasten sei sehr empfindlich und würde beim Anbringen von Plakaten wohl erheblich beschädigt werden.

Eine aktuelle Liste aller Wahlbüros ist dieser Sondernutzung beigelegt.

Diese Erlaubnis kann jederzeit widerrufen werden.

Für die Erteilung der Erlaubnis werden keine Sondernutzungs- und Verwaltungsgebühren festgesetzt.

Auflagen

1. Die Sondernutzung ist so auszuführen, dass der fließende und der ruhende Verkehr insbesondere in der Sicht nicht und die Fußgänger nicht mehr als nach den Umständen unvermeidbar behindert werden.
2. Das Bekleben von Laternen und Masten von Verkehrseinrichtungen mit Wahlwerbung ist nicht gestattet.
3. Plakate und Plakattafeln sind so aufzustellen, dass ihre Standsicherheit ständig gewährleistet ist.

- . Plakate dürfen nicht an Masten angebracht werden, die in Pflanzbeeten stehen oder an denen sich Verkehrszeichen befinden
- 5. An Masten sind Schilder so anzubringen, dass sie nicht herunterfallen können. **An Bäumen dürfen Schilder grundsätzlich nicht angebracht werden.**
- 6. **Die Plakate sind ausschließlich mit Kunststoffkabelbindern an Masten anzubringen.**
- 7. Werden durch die Sondernutzung Gehwege, die Fahrbahn oder andere Bereiche verschmutzt, sind diese unverzüglich von Ihnen oder von einem von Ihnen Beauftragten zu säubern.
- 8. Nach dem zeitlichen Ablauf oder dem Widerruf dieser Erlaubnis ist der ursprüngliche Zustand wiederherzustellen.

Sollten Sie den o. g. Auflagen nicht nachkommen, wird Ihnen hiermit die Ersatzvornahme angedroht.

Begründung

Diese Erlaubnis wird Ihnen gemäß § 18 des Niedersächsischen Straßengesetzes (NStrG) in der Fassung vom 24.09.1980 (Nds. GVBl. S.359), zuletzt geändert durch Gesetz vom 05.11.2004 (Nds. GVBl. S. 406), i. V. m. § 3 der Satzung über Erlaubnisse für Sondernutzungen in Gemeindestraßen und Ortsdurchfahrten in der Stadt Langenhagen (Sondernutzungssatzung) vom 13.05.2013 erteilt.

Der Widerrufsvorbehalt und die Auflagen beruhen auf § 18 Abs. 2 NStrG i. V. m. § 3 Abs. 1 Sätze 2 und 3 der Sondernutzungssatzung.

Nach § 66 i. V. m. §§ 64, 65 des Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes (NPOG) in der z. Zt. geltenden Fassung können die Auflagen bei Nichtbeachtung per Ersatzvornahme durchgesetzt werden. Die voraussichtlichen Kosten werden sich auf 500,00 EUR belaufen.

Kostenfestsetzung

Im Zusammenhang mit der Wahlwerbung von politischen Parteien und Vereinigungen, Wählergruppen und Einzelbewerbern werden für das Aufstellen von Plakattafeln und Wahlkampfständen, sowie das Anleihen oder Aufhängen von Plakaten im öffentlichen Verkehrsraum keine Sondernutzungs- und Verwaltungsgebühren erhoben.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Hannover, Leonhardtstraße 15, 30175 Hannover, erhoben werden.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Köster

Hinweise

Die Weitergabe des durch Sondernutzungserlaubnis erteilten Nutzungsrechtes an Dritte ist nur nach Genehmigung durch die Stadt zulässig. Die Genehmigung ist spätestens eine Woche vor Beginn der Sondernutzung schriftlich bei der Stadt zu beantragen.

Einrichtungen, die Zeichen oder Verkehrseinrichtungen (§§ 36 bis 43 StVO) gleichen, mit ihnen verwechselt werden können oder deren Wirkung beeinträchtigen können, dürfen dort nicht angebracht oder sonst verwendet werden, wo sie sich auf den Verkehr auswirken können. Werbung und Propaganda in Verbindung mit Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen sind unzulässig (§ 33 Abs. 2 StVO).

Sonstige nach öffentlichem Recht erforderliche Genehmigungen, Erlaubnisse oder Bewilligungen werden durch diese Sondernutzungserlaubnis nicht ersetzt (§ 18 Abs. 5 NStrG).

Für alle Personen- und Sachschäden, die unmittelbar durch die in diesem Bescheid genannte Sondernutzung entstehen, haften Sie selbst. Diesbezüglich stellen Sie uns von allen Schadensersatzleistungen frei.